



Wir haben viel erreicht
Drei Jahre Union in
der Großen Koalition



Wir haben viel erreicht
Drei Jahre Union in
der Großen Koalition

Inhalt

Vorwort	4	Wir fördern das Miteinander	26
Wir stärken die Wachstumskräfte	6	Wir schützen die Freiheit	32
Wir machen den Staat effizienter	14	Wir gestalten die Globalisierung	36
Wir investieren nachhaltig in Köpfe und Infrastrukturen	18	Ausblick	39
Wir erhalten die natür- lichen Lebensgrund- lagen und stärken den ländlichen Raum	22	223 CDU/CSU- Bundestagsabgeordnete	40
		Kontakt	44

Vorwort

Wir haben viel erreicht

Drei Jahre Union in der Großen Koalition

Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl zeigt sich mehr und mehr, dass es auf uns als Union und auf die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag ankommt, wenn es darum geht, der Großen Koalition Halt und Orientierung zu geben. Dort, wo die Bürger nach Antworten verlangen, sind keine leichtfertigen Schnellschüsse und immer neue Kurswechsel gefordert, sondern wohlüberlegte Alternativen und Verlässlichkeit bei der Einhaltung der gesetzten Ziele. Das ist angesichts der instabilen Lage unseres Koalitionspartners nicht immer einfach. Aber wenn wir auf das zurückblicken, was wir in den zurückliegenden Jahren erreicht haben, können wir diese Arbeit in den nächsten Mona-

ten mit Zuversicht fortsetzen. Aus heutiger Sicht können wir feststellen: Wir haben viel erreicht. Drei Jahre Große Koalition haben Deutschland gut getan. Unsere Fähigkeit, eigene politische Ziele durchzusetzen und vertretbare Kompromisse einzugehen, hat unserem Lande genützt.

Deutschland hat in den zurückliegenden Jahren erheblich an wirtschaftlicher Stärke gewonnen und ist wieder der attraktivste Wirtschaftsstandort in Europa. Zugleich ist Deutschland zu einem kinderfreundlicheren Land geworden. Und auch der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wurde verbessert. In Europa und der Welt sind wir zudem wieder ein verlässlicher und vielgeachteter politischer Partner und Freund.



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mit unserer erfolgreichen und klaren Politik treffen wir auf große Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern. Unsere Bundeskanzlerin genießt weiterhin ein sehr hohes Ansehen – und auch im Ausland bringt man ihr großes Vertrauen entgegen.

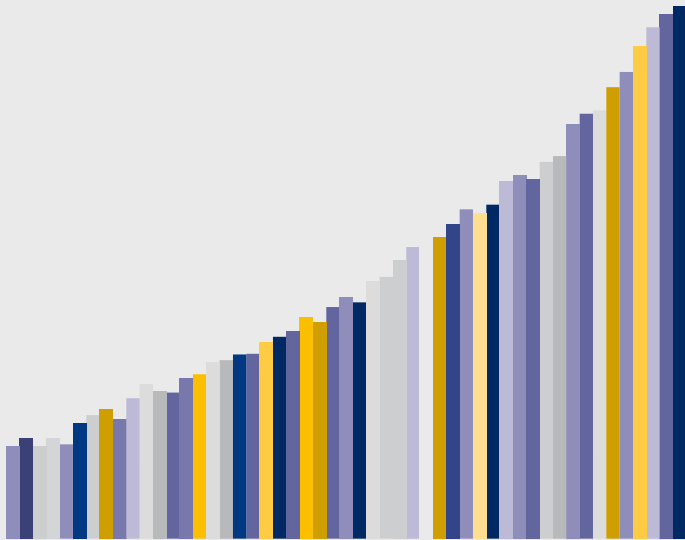
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das Rückgrat der Großen Koalition. Dabei haben wir gezeigt, dass es eine große Bereicherung ist, wenn wir eigene Ak-

zente setzen – mit Initiativen, Anträgen, Gesetzentwürfen sowie mit Kongressen und Fachgesprächen. Diese Erfolge gilt es aus Überzeugung zu vertreten.

A handwritten signature in blue ink that reads "Volker Kauder".

Volker Kauder MdB
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir stärken die Wachstumskräfte



Nach drei Jahren des Aufschwungs, dem stärksten und längsten seit der Wiedervereinigung, sind so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie noch nie zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen ist um über 2 Millionen auf den niedrigsten Stand seit vielen Jahren gefallen und sinkt weiter. Jeder neue Job ist eine neue Chance.

Trotz Finanzmarktkrise und steigender Energiepreise zeigt sich die deutsche Volkswirtschaft robust. Diese wiedergewonnene Wettbewerbsstärke bestätigt die grundsätzliche Ausrichtung unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik: viele Menschen in eine reguläre Beschäftigung bringen, Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen stärken und auf diese Weise unseren Sozialstaat entlasten. Politik allein kann keinen Aufschwung herbeiführen. Sie kann ihn stützen und verstetigen.

Gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode haben wir mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro die zentralen Bereiche Technologie, Wirtschaft, Verkehr, Familie und private Haushalte gefördert und dadurch für unmittelbare Wachstumsimpulse gesorgt. Wir haben eine Unternehmen-

steuerreform durchgesetzt, mit der unser Standort gestärkt und die Unternehmen deutlich entlastet wurden. Binnen weniger Monate haben wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf nun 3,3 Prozent gesenkt – der geringste Beitrag seit gut 25 Jahren. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Von zentraler Bedeutung war der Kurswechsel hin zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik. Wir haben Schluss gemacht mit der Schuldenpolitik vergangener Jahrzehnte, die auf Kosten der Spielräume zukünftiger Generationen ging. Schritt für Schritt haben wir die Nettokreditaufnahme reduziert. Wir sind auf einem guten Weg. Es bleibt unser Ziel, 2011 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen.

Konsolidierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern unabdingbare Voraussetzung für steuerliche Entlastungen, insbesondere für Arbeitnehmer mit geringem und mittlerem Einkommen und Familien mit Kindern. Die CSU hat dazu ihr Steuerkonzept „Mehr Netto für alle“ mit den Eckpunkten Besserstellung von Familien, Wiedereinführung der Pendlerpauschale zum 1.1.2009 und Steuerentlastung vorgestellt. Die CDU wird im Frühjahr 2009 ihr Steuerkonzept nach den Maßgaben „einfach, niedrig und gerecht“ vorlegen. In einem gemeinsamen Wahlprogramm werden CDU und CSU beide Konzepte mit dem Ziel einer Steuerentlastung zusammenführen.

Weniger Arbeitslosigkeit, mehr Beschäftigung

Wir haben mit gegenwärtig ca. 3,2 Millionen Arbeitslosen den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit über zwölf Jahren erreicht. Mehr als 40 Millionen Menschen sind in Beschäftigung – mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist um über 200.000 zurückgegangen.

Gute Entwicklung des Wirtschaftswachstums

In den Jahren 2006 und 2007 ist die deutsche Wirtschaft um 2,9 Prozent bzw. 2,5 Prozent gewachsen. Das ist dreimal so stark wie in den beiden Jahren zuvor. Auch für das laufende Jahr wird trotz der internationalen Finanzkrise noch ein Wirtschaftswachstum von ca. 2 Prozent erwartet. Das ist die längste Boomphase seit der Wiedervereinigung und Ausweis für die wiedergewonnene Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

Investitionsprogramm

Gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode haben wir mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro die zentralen Bereiche Technologie, Wirtschaft, Verkehr, Familie und private Haushalte gefördert und dadurch für unmittelbare Wachstumsimpulse gesorgt.

Haushaltssolidierung und Senkung der Neuverschuldung

Wir haben seit der Regierungsübernahme die Neuverschuldung des Bundes drastisch reduziert von über 30 Milliarden Euro im Jahre 2005 auf voraussichtlich knapp 12 Milliarden Euro im Jahr 2008. Im Jahre 2006 wurde nach vier Jahren erstmals wieder das Maastricht-Kriterium eingehalten, nach fünf Jahren war im Jahre 2007 überdies der Haushalt endlich wieder verfassungsgemäß. Ab dem Jahre 2011 wollen wir ohne neue Schulden auskommen.

Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent

Wir haben die Lohnnebenkosten so stark gesenkt wie keine andere Regierung vor uns. Ein Durchschnittsverdiener wird dadurch im Vergleich zur Situation 2005 um rund 450 Euro entlastet. Den Spielraum für eine weitere Beitrags-senkung wollen wir nutzen. Wir gehen davon aus, dass der Beitrag auf 3,0 Prozentpunkte abgesenkt werden kann.

Außerordentliche Rentenerhöhung

Um auch die Rentnerinnen und Rentner am Aufschwung zu beteiligen, haben wir den Riester-Faktor für 2008 und 2009 ausgesetzt. Dadurch konnten die Renten um 1,1 statt um nur 0,5 Prozent er-

höht werden. Das war ein guter Kompromiss, der auch die heutigen Beitragszahler nicht belastet, weil die Dämpfungseffekte 2012 und 2013 nachgeholt werden.

Unternehmensteuerreform

Die Unternehmensteuerreform 2008 stärkt den Aufschwung in Deutschland nachhaltig. Mit der Durchsetzung international konkurrenzfähiger Steuersätze haben wir den Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt und die Unternehmen in Deutschland per Saldo um 5 Milliarden Euro entlastet. Mit einer Steuerbelastung für einbehaltene Gewinne von unter 30 Prozent für alle Unternehmen geben wir ein positives Signal an inländische und ausländische Investoren. Gerade der Mittelstand gehört zu den Gewinnern dieser Reform.

Mit der Reform der Unternehmensbesteuerung ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Attraktivität des Standorts Deutschland unternommen worden. Sie fördert ein höheres Wirtschaftswachstum und lässt dauerhaft mehr Arbeitsplätze entstehen.

Erbschaftsteuerreform

Bei der Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden wir dafür sorgen, dass die Belastungen aus der Erbschaftsteuer im Ergebnis nicht ansteigen und nicht mehr Bürgerinnen und Bürger davon betroffen sein werden. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass die Unternehmensnachfolge erleichtert wird und Betriebsvermögen sowie Anteile an Kapitalgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen weitestgehend steuerfrei übertragen werden können. In diesem Sinne haben wir die ursprünglichen Pläne des Bundesfinanzministers korrigiert und werden sie weiter verbessern.

Risikokapital für junge Unternehmen

Junge, innovative Unternehmen im Forschungs- und Entwicklungsbereich haben oftmals noch erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihrer Ideen und Produktkonzepte. Aus diesem Grund haben wir verlässliche Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Beteiligungskapital für solche Unternehmen geschaffen.

Qualifizierungsoffensive

Wir wollen die Bildungschancen deutlich verbessern: Von der vorschulischen Bildung bis zum lebenslangen Lernen – denn Bildung ist der Schlüssel zum persönlichen Erfolg und für die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes. Damit der Fachkräftemangel nicht die Dynamik der deutschen Wirtschaft und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, starten wir im Herbst zusammen mit den Ländern die Nationale Qualifizierungsinitiative. Ziel ist es, die Quote der Schulabbrecher drastisch zu senken und die Durch-

lässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulausbildung zu erhöhen.

Förderung der Mitarbeiterbeteiligung

In den vergangenen Jahren sind die Kapitalerträge deutlich stärker gestiegen als die Löhne und Gehälter. Mit dem Investivlohn fördern wir die Möglichkeit von Angestellten, vom Erfolg ihres Unternehmens stärker zu profitieren. Dabei steht für uns der Mittelstand im Zentrum, bei dem der Großteil der Arbeitnehmer in Deutschland beschäftigt ist.

Ausbildungspakt

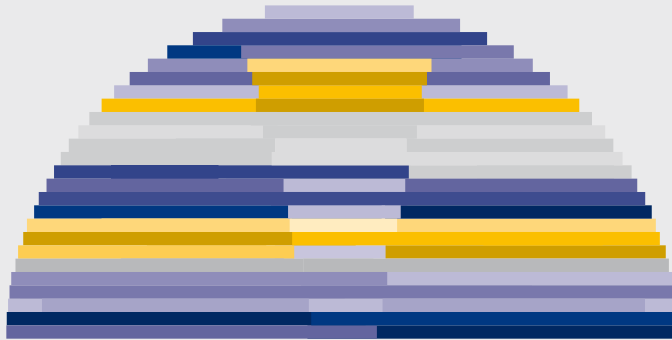
Das Bündnis mit den Arbeitgebern haben wir verlängert. Darin verpflichten sich die Unternehmen, die Zahl der

Ausbildungsplätze weiter zu erhöhen. Es hat sich bewährt: Gerade kleinere und mittlere Unternehmen haben mehr als doppelt so viele Ausbildungsplätze geschaffen wie zugesagt. Erstmals seit Langem wird in diesem Jahr die Zahl der Ausbildungsstellen die der Bewerber wieder übersteigen.

Beschäftigungschancen in Privathaushalten

Wir haben die Privathaushalte als Arbeitgeber gestärkt durch die steuerliche Absetzbarkeit bspw. von Betreuungskosten und von Handwerkerdienstleistungen und damit neue Beschäftigungschancen im Dienstleistungsbereich eröffnet.

Wir machen den Staat effizienter



Gute Politik braucht einen handlungsfähigen Staat. Er soll zugleich Freiheit und Sicherheit garantieren, die Voraussetzungen für nachhaltigen materiellen Wohlstand schaffen und soziale Notlagen absichern. Ein effizienter Mitteleinsatz und effiziente Organisationsstrukturen sind deshalb unabdingbare Voraussetzungen für erfolgreiches staatliches Handeln.

Neben der Konsolidierung der Staatsfinanzen haben wir erfolgreich damit begonnen, Bürokratie abzubauen, die bundesstaatliche Ordnung zu modernisieren und die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament im Bereich der europäisch beeinflussten Gesetzgebung zu verbessern. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag für mehr Transparenz. Entscheidungsprozesse werden damit für alle Bürgerinnen und Bürger besser nachvollziehbar.

Föderalismusreform

Mit der größten Verfassungsreform seit 1949 ist es gelungen, den föderalen Kompetenzwirrwarr zu entflechten. Die Föderalismusreform sorgt für mehr Klarheit in der bundesstaatlichen Ordnung. Die Anzahl der zustimmungspflichtigen Gesetze wurde von etwa 60 Prozent auf 40 Prozent gesenkt. So können Gesetze auf Bundesebene schneller verabschiedet werden. Insgesamt wurde für die Bürgerinnen und Bürger wieder klarer erkennbar, welche politischen Entscheidungen der Bund oder die Länder zu verantworten haben. Damit stärkte die Reform auch die Parlamente und die Demokratie als Ganzes, weil sie die Zurechenbarkeit von politischer Verantwortung verbessert. In einer zweiten Reform erarbeiten wir Kriterien für eine wirksame Schuldenbegrenzung der öffentlichen Haushalte.

Bürokratieabbau und Normenkontrollrat

Wir machen ernst mit dem Abbau von Bürokratie. Angesichts einer Gesamt-

belastung von 30 Milliarden Euro allein für den Unternehmenssektor durch Informations- und Dokumentationspflichten ist das ein wichtiger und dringender Schritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in unserem Land. Dazu haben wir den Nationalen Normenkontrollrat eingerichtet. Erstmals wurde ein Weg geschaffen, um den bürokratischen Aufwand zu messen, der für die Unternehmen aus gesetzlichen Regelungen entsteht.

Das Statistische Bundesamt hat insgesamt rund 10.900 Informationspflichten für die Wirtschaft erfasst. Anhand der Bestandsmessungen haben die Ressorts Vereinfachungsmaßnahmen entwickelt, durch die gezielt bürokratische Belastungen für Unternehmen und Betriebe abgebaut werden. Insgesamt 270 Vorschläge liegen vor. Mit den bisher umgesetzten 111 Maßnahmen konnte bereits eine Entlastung in Höhe von 3,2 Milliarden Euro erreicht werden. Mit der vollständigen Umsetzung des Regierungsprogramms für Bürokratieabbau

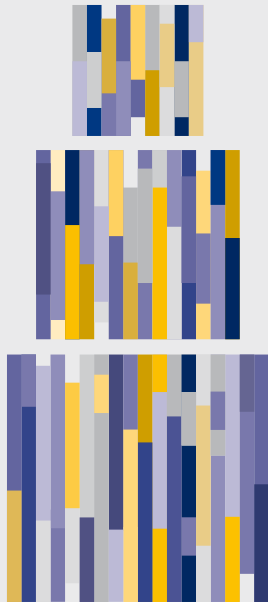
und bessere Rechtsetzung wird die Wirtschaft jährlich um 4,4 Milliarden Euro entlastet.

Mittelstand entlastet

Die Stimmung im Mittelstand ist so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Dieser Erfolg ist vor allem den mittelständischen Unternehmen selbst, die ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter erhöht haben, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verdanken. Aber auch die Politik hat mit ihren Entscheidungen zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Insbesondere der Mittelstand hat unter hohen bürokratischen Auflagen zu leiden. Aus diesem Grund haben wir besondere Anstrengungen zu seiner Entlastung unternommen. In dieser Legislaturperiode haben wir durch drei

Mittelstandsentslastungsgesetze viele bürokratische Hindernisse für mittelständische Unternehmen beseitigt. Insgesamt beläuft sich die Kostenentlastung durch die drei Gesetze auf 850 Millionen Euro. So verbessern wir die Chancen für mehr Investitionen, Innovationen und Beschäftigung.

Wir investieren nachhaltig in Köpfe und Infrastrukturen



In einem rohstoffarmen Land sind Investitionen in Bildung, Forschung und in moderne Infrastruktur unabdingbare Voraussetzungen für die dauerhafte Sicherung von wirtschaftlichem Wachstum und Wohlstand. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen wir alles daran setzen, unsere jungen Menschen gut auszubilden. Eine erfolgreiche Ausbildung ist zudem der Schlüssel für eine gute berufliche Perspektive und die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Deshalb investieren wir in die Menschen, die in Deutschland leben. Die Infrastruktur ist die Lebensader unserer globalisierten Volkswirtschaft. Die Leistungsfähigkeit unseres Standorts hängt daher von der Qualität der Verkehrs- und Leitungsnetze ab. Hier haben wir den Bedarf erkannt und erhebliche Fortschritte bei den Investitionen gemacht.

Nachhaltig investieren heißt: Der Staat gibt das Geld für das Richtige aus. Wir haben das Beste aus dem engen finanziellen Spielraum gemacht, die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt gesenkt und Prioritäten gesetzt, indem wir die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur verstetigt und die Mittel für Bildung und Forschung deutlich aufgestockt haben.

Qualifizierungs-Kombilohn

Mit dem Kombilohn geben wir jungen Menschen mit Vermittlungshindernissen eine Chance für den Einstieg ins Berufsleben. Denn eine gute Ausbildung ist der Schlüssel für eine gesicherte berufliche Zukunft.

Bildungssparen

Um den Stellenwert der Weiterbildung im Bildungssystem zu erhöhen und mehr Menschen zu verstärkter Beteiligung an Weiterbildung zu motivieren, schaffen wir die Möglichkeit, zur Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen zukünftig auf Mittel aus der staatlich geförderten Vermögensbildung zurückzugreifen.

Eigenheimrente

Die eigene Immobilie ist eine wirksame Absicherung im Alter. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass die selbst genutzte Wohnimmobilie in die staatlich geförderte private Altersvorsorge integriert wird. Sparleistungen der Riester-Renten können jetzt auch zur Finanzierung

eines eigenen Hauses oder einer eigenen Wohnung verwendet werden.

Anhebung der BAföG-Sätze

Mit der Anhebung der BAföG-Sätze um 10 Prozent helfen wir unseren Studentinnen und Studenten beim Bestreiten ihres Lebensunterhaltes während des Studiums.

Forschungsförderung

Forschung und Innovation sind entscheidend dafür, dass Deutschland auch in Zukunft seinen wirtschaftlichen Spitzenplatz im weltweiten Wettbewerb behaupten kann. Deshalb werden wir die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung bis 2010 auf 3 Prozent des BIP erhöhen. Die Bundesregierung hat mit zahlreichen Programmen, vor allem der High-Tech-Strategie, vieles auf den Weg gebracht und den Haushalt für Bildung und Forschung so stark erhöht wie keine Regierung zuvor.

Exzellenzinitiative

Mit der Exzellenzinitiative legen wir den Grundstein dafür, dass die deutschen Universitäten zur weltweiten Spitze aufschließen können. Mit über 390 Millionen Euro jährlich fördern wir 36 der besten Universitäten in 13 Bundesländern.

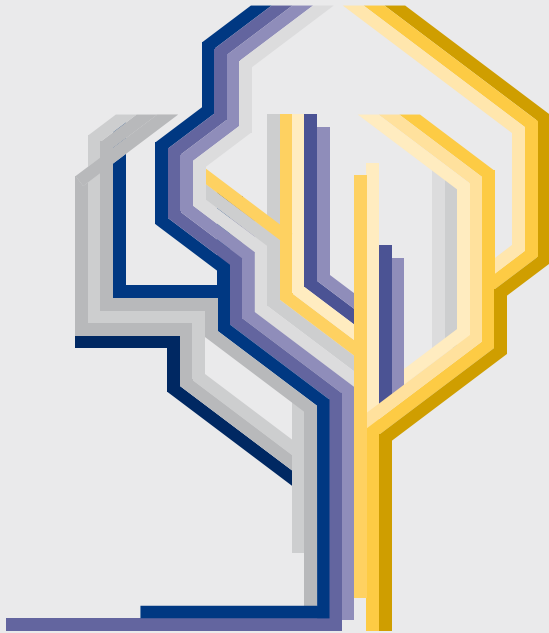
Förderung der Verkehrsinfrastruktur

Die gute deutsche Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat unseres Wirtschaftsstandorts. Unter Rot-Grün wurden Investitionen in Straße und Schiene erheblich vernachlässigt. Im Interesse von mehr Planungssicherheit haben wir die Mittel für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im Vergleich zur rot-grünen Finanzplanung verstärkt und verstetigt.

Teilprivatisierung der Deutschen Bahn

Durch die Teilprivatisierung erhält die Deutsche Bahn die finanziellen Mittel, die sie braucht, um international wettbewerbsfähig zu sein. Die Bürgerinnen und Bürger werden die Vorteile dieser Teilprivatisierung bald spüren. Denn die Bahn kann mit frischem Kapital Bahnhöfe sanieren, Lärm reduzieren, Langsamfahrstellen abbauen und damit Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Service entscheidend verbessern. Der Staat kommt weiter seiner Verantwortung nach zu gewährleisten, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen beim Ausbau und Erhalt der Schienen, Rechnung getragen wird.

Wir erhalten die natürlichen Lebensgrundlagen und stärken den ländlichen Raum



Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung sind Kernanliegen unserer Politik. Unser Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung vereint den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz von Natur und Umwelt und mit der Lebensqualität der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das ist gerade im ländlichen Raum mit seinem vielfältigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben besonders wichtig. Hierzu haben wir eine umfassende Strategie der Bundesregierung für den ländlichen Raum angestoßen und durchgesetzt.

Mit unserer Klimapolitik zeigen wir, dass ökologische Verantwortung und ökonomische Vernunft zusammengehen können. Die erneuerbaren Energien haben wir zu mehr Marktnähe geführt. Das macht den Klimaschutz effizienter und bringt ihn näher an die Bürgerinnen und Bürger.

Die Rahmenbedingungen für einen effektiven Verbraucherschutz haben wir verbessert. Verbraucherpolitik kann aber nur erfolgreich sein, wenn auch Erzeuger, Verarbeiter, Vermarkter und Verbraucher mit- und zusammenwirken. Das setzt auch verantwortlich agierende Unternehmen voraus.

Energiepolitik und Klimaschutz

Wir setzen weltweit Maßstäbe in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, bei Strom und Wärme sowie bei Biokraftstoffen und Verkehr. Um den Anteil von erneuerbaren Energien an der Stromproduktion und am Wärmeverbrauch zu erhöhen, haben wir das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und das Erneuerbare-Energien-Gesetz novelliert und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz eingeführt. Mit der Novelle des Energie-Wirtschafts-Gesetzes zur Liberalisierung des Messwesens haben wir die Voraussetzungen für Stromeinsparungen verbessert. Zudem haben wir den Förderrahmen für alternative Energien an neue Entwicklungen angepasst. Wo es möglich war, haben wir im Interesse des Stromverbrauchers die staatliche Förderung wieder reduziert.

Emissionshandel

Wir haben für die Zuteilungsperiode 2008 bis 2012 nationale Ziele für die Emission von Treibhausgasen in Deutsch-

land sowie Regeln für die Zuteilung und Ausgabe für Emissionsberechtigungen an die Betreiber von Anlagen festgelegt. Damit leisten wir konsequent unseren Beitrag zur Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen.

Verbraucherschutz

Durch das Verbraucherinformationsgesetz erhalten die Verbraucherinnen und Verbraucher in ganz Deutschland das Recht, sich bei den Behörden gezielt über Lebensmittel, Futtermittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs zu informieren. Dies ist ein Durchbruch hin zu mehr Information und Markttransparenz im Interesse der Verbraucher.

Erfolgreiche Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung

Mit der Umsetzung der Reform und dem Erfolg der Abfindungsaktion für Kleinrenten wurde ein großer Beitrag zur Entbürokratisierung der Rentenverwaltung und zur Sicherung der Eigenständigkeit

und der Beitragsstabilität des landwirtschaftlichen Sozialsystems geleistet.

Mit konkreten Maßnahmen der Bedeutung des ländlichen Raumes gerecht werden

Die Bundesregierung leistet mit der Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) einen wichtigen Beitrag zur besseren Versorgung mit Breitbandleitungen und zur Einspeisung von Biogas in die Nahwärmeversorgung. Wir haben zudem eine nachhaltige Entbürokratisierung der Agrarpolitik eingeleitet.

Grüne Gentechnik

Die Union hat im Rahmen der Gesetzgebung alles getan, um die Wahlfreiheit für die Verbraucher und die Koexistenz

der unterschiedlichen Anbauverfahren zu ermöglichen. Landwirte haben zur neuen Aussaat endlich klare Regeln zum Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen erhalten.

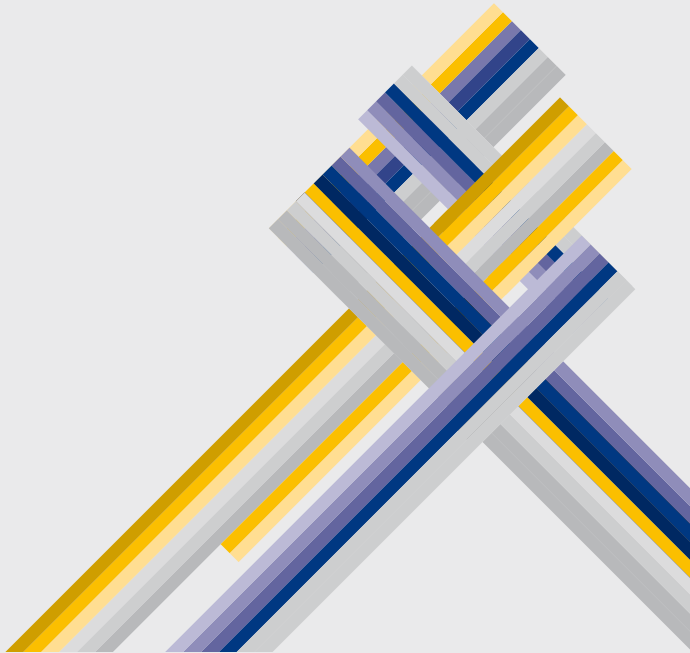
Umweltpolitik

Mit der 5. Novelle der Verpackungsverordnung haben wir die haushaltsnahe Sammlung von Verkaufsverpackungen stabilisiert, einen fairen Wettbewerb unter den Systemen gesichert sowie Schlupflöcher gestopft.

Flexible Regelung für Saisonarbeitskräfte

Die Union hat sich mit ihrer Forderung nach einer flexibleren Regelung für die Saisonarbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa durchgesetzt.

Wir fördern das Miteinander



Der Mensch und die menschliche Gemeinschaft stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Kern dieser Gesellschaft sind Ehe und Familie. Unsere familienpolitischen Grundsätze entsprechen den veränderten Lebenswirklichkeiten und Bedürfnissen der Menschen. Das Miteinander der Generationen fördern, die Wahlfreiheit für Eltern bei der Kindererziehung gewährleisten und die Sicherung einer Chancengesellschaft sind zentrale Anliegen unserer Politik.

Auch die Integration von Zuwanderern ist unverzichtbar und eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Ein besseres Miteinander von Zugewanderten und Einheimischen haben wir zur Chefsache gemacht. Mit dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ haben wir die Weichen für die Integrationspolitik neu gestellt.

Verlässliche soziale Sicherungssysteme sind ebenfalls grundlegend wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Reformpolitik der Großen Koalition trägt dieser Erkenntnis und den gegebenen Herausforderungen Rechnung.

Elterngeld/Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten

Wir haben die Familien zurück ins Zentrum der Politik gerückt. Mit der Einführung des Elterngeldes und der besseren Absetzbarkeit der Kosten für die Kinderbetreuung haben wir dafür gesorgt, dass Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wirksam unterstützt werden. Dabei sind die Regelungen so ausgestaltet, dass niemand zu einem bestimmten Lebensmodell gezwungen wird. Wir stehen fest zum Prinzip der Wahlfreiheit. Das Elterngeld unterstützt seit Januar 2007 Familien bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlagen in den ersten zwölf Monaten nach der Geburt. Zwei Drittel des vorherigen Nettoeinkommens – max. 1800 Euro – desjenigen Elternteils, der für die Betreuung des Kindes zu Hause bleibt, machen das Elterngeld aus. Das Mindestelterngeld beträgt 300 Euro. Mit der 12 + 2-Lösung bei den Partnermonaten und der Ausdehnung des Geschwisterbonus auf 36 Monate hat die Union durchgesetzt, dass es keine staatliche

Bevormundung bei Erziehungsfragen gibt und Mehrkindfamilien gestärkt werden. Auf Drängen der Union wird aber auch solchen Familien ein Mindestelterngeldbetrag in Höhe von 300 Euro gewährt, in denen ein Partner schon vor der Geburt des Kindes ganz auf seine Erwerbsarbeit verzichtet hat zugunsten der Betreuung bereits vorhandener Kinder.

Erhöhung der Betreuungsangebote

Bis 2013 bauen wir das Angebot für Kinderbetreuung bedarfsgerecht aus. Ab 2013 haben alle Kinder zwischen 1 und 3 Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dadurch verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sorgen dafür, dass der Wunsch nach Kindern nicht an dieser Frage scheitert. Für die Union ist klar, dass kein Familienmodell bevorzugt werden darf. Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, verdienen genauso unsere Unterstützung wie diejenigen, die sich für eine zeitweilige Betreuung in Kin-

dertagesstätten entscheiden. Aus diesem Grund wird ab 2013 durch die Einführung des Betreuungsgeldes die Wahlfreiheit gestärkt.

Kinderzuschlag

Niemand soll wegen seiner Kinder auf Hartz IV angewiesen sein. Deshalb haben wir die Zahl derjenigen, die den Kinderzuschlag erhalten können, ausgeweitet und das Antragsverfahren erleichtert.

Erhöhung des Kindergeldes zum Jahresbeginn 2009

Nach Vorlage des Existenzminimumberichts im Herbst dieses Jahres werden wir nicht nur die Kinderfreibeträge, sondern auch das Kindergeld erhöhen. Damit wird sichergestellt, dass über

beide Instrumente den Familien mit Kindern wirksam geholfen wird.

Soziale Frühwarnsysteme

Wir haben die Möglichkeiten des Staates verbessert, Fällen von Kindesvernachlässigung und -missbrauch kooperativ und präventiv entgegenzuwirken. Dabei bleibt klar: Kindererziehung ist und bleibt Sache der Eltern. Der Staat darf nur dort einschreiten, wo die Eltern nicht zum Wohl ihrer Kinder handeln können oder wollen.

Betriebliche Altersvorsorge

Wir haben die Möglichkeit zur beitragsfreien Entgeltumwandlung entfristet und damit einen weiteren Beitrag zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge geleistet.

Integrationspolitik, Nationaler Integrationsplan, Islamkonferenz, Zuwanderungsrecht

Wir haben das Thema Integration zur Chefsache gemacht. Im Rahmen des Nationalen Integrationsplans haben wir zusammen mit Ländern, Kommunen, Verbänden und Migrantenorganisationen klare Richtlinien und Verpflichtungen für die Integration verabredet. Für uns ist klar: Integration ist keine Einbahnstraße, sondern beinhaltet für beide Seiten Verpflichtungen. Neben anderen Regelungen zur Förderung der Integration haben wir in der Zuwanderungsnovelle durchgesetzt, dass der Nachzug ausländischer Ehegatten an Grundkenntnisse der deutschen Sprache gekoppelt ist. Mit der Deutschen Islamkonferenz wurde ein institutionalisierter Dialog zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen eröffnet. Ziel ist es, die hier lebenden Muslime auf dem Weg der Integration weiter an unser Land zu binden und gewalttätigen Islamismus und Extremismus zu verhindern.

Gesundheitsreform

Um die mit dem demografischen Wandel und dem medizinisch-technischen Fortschritt verbundenen steigenden Kosten im Gesundheitswesen finanzieren zu können, haben wir das Gesundheitssystem grundlegend reformiert. Wir wollen, dass eine hochwertige medizinische Versorgung allen zugänglich ist. Mit der vereinbarten Einrichtung des Gesundheitsfonds zum Jahresbeginn 2009 werden wir auch den Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen stärken. Rechtzeitig zum Start des Gesundheitsfonds werden wir die erforderlichen Präzisierungen in wichtigen Einzelfragen vornehmen.

Pflegereform

Erstmals seit ihrer Einführung haben wir die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet. Es erhalten nun auch altersverwirrte Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Zudem haben wir das Prinzip „ambulant vor stationär“ gestärkt, damit kranke Menschen möglichst lange im Kreise ihrer

Verwandten und Freunde wohnen können. Trotz dieser Leistungsausweitung bleibt der Beitragsanstieg mit 0,25 Prozentpunkten moderat.

SED-Opferrente

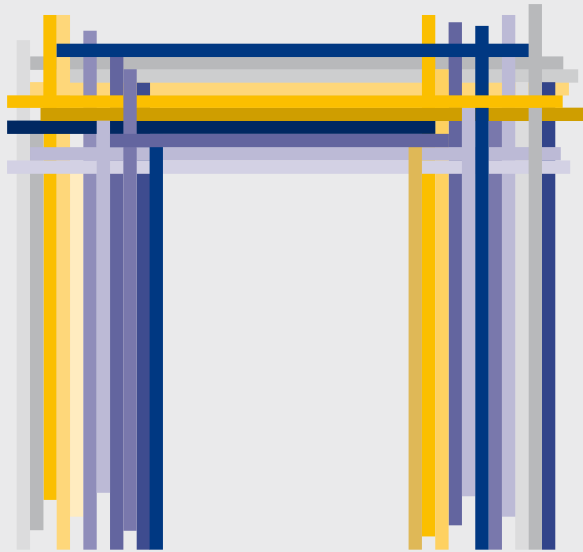
Mit der SED-Opferrente gibt es endlich eine – wenn auch späte – Anerkennung für die Opfer der SED-Diktatur. Wir haben in schwierigen Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner dieses wichtige Anliegen durchsetzen können.

Förderung des Ehrenamts

Mit der Einführung einer steuerfreien Pauschale für alle Verantwortungsträger in Vereinen und der überfälligen Anhebung des Übungsleiterfreibetrags wird das Ehrenamt in den Vereinen aufgewertet und die Rahmenbedin-

gungen für bürgerschaftliches Engagement werden weiter verbessert.

Wir schützen die Freiheit



Ein sicheres Deutschland und ein sicheres Europa sind die Grundvoraussetzungen für einen lebenswerten Alltag und für eine verlässliche Lebensplanung der Menschen. Wer von Terror bedroht ist, lebt nicht frei. Schon die Bedrohung allein schränkt die Handlungsspielräume der Menschen ein. Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Wir schützen die Freiheit durch die Verbesserung von Maßnahmen und Kompetenzen. Deutschland ist längst im Fadenkreuz international agierender Terroristen. Der vorbildlichen Arbeit unserer Sicherheitsbehörden ist es zu verdanken, dass geplante Anschläge bislang rechtzeitig verhindert werden konnten. Deshalb haben wir ihre Institutionen gestärkt und statten sie mit den richtigen Instrumenten und Befugnissen aus.

Unsere Sicherheit können wir aber nicht allein durch Maßnahmen in Deutschland garantieren. Unsere Freiheit zu schützen heißt auch, den Terrorismus dort zu bekämpfen, wo er entsteht. Aus diesem Grund engagieren wir uns im Ausland. Dieser Einsatz dient dazu, die Innere Sicherheit zu stärken.

Terrorbekämpfung

Der internationale Terrorismus bedroht auch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Mit der Antiterrordatei, dem Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz sowie der BKA-Gesetzesnovelle einschließlich der Online-Fahndung haben wir die Instrumente und Kompetenzen verbessert, um eine wirksame Bekämpfung zu ermöglichen. Die Einhaltung strenger rechtsstaatlicher Kriterien wird dabei sichergestellt – die Bürgerrechte werden gewahrt.

Neuordnung der Bundespolizei

Wir haben die Strukturen gestrafft, die Arbeits- und Entscheidungsprozesse vereinfacht und die operative Basis um rund 1.000 Polizeivollzugskräfte gestärkt. Damit wird die Bundespolizei besser in die Lage versetzt, den neuen Herausforderungen – dynamische Entwicklung der Verkehrsströme, Bekämpfung illegaler Migration und terroristischer Bedrohungen – wirksam zu begegnen.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Deutschland braucht Partner und die Einbindung in Bündnisse, um die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Wir stehen zu Deutschlands Bündnispflichten. Es ist ein wichtiger Beitrag für unsere nationale Sicherheit, dass wir den Terrorismus auch dort bekämpfen, wo er entsteht. Deswegen sind unsere Soldaten in Afghanistan und am Horn von Afrika im Einsatz. Auf dem Balkan setzen wir uns für die Aufrechterhaltung einer stabilen Friedensordnung ein.

Nationale Sicherheitsstrategie

Unsere Sicherheit ist im 21. Jahrhundert durch andere Bedrohungen gefährdet als während des Kalten Krieges. Die Bedrohungen sind vielfältig und reichen von internationalem Terrorismus und Energieknappheit bis zu den Auswirkungen des Klimawandels. Mit der Sicherheitsstrategie für Deutschland haben wir den ersten umfassenden An-

satz vorgelegt, der aufzeigt, wie wir diesen Bedrohungen und Herausforderungen sinnvoll begegnen können.

Sicherheit der Energieversorgung

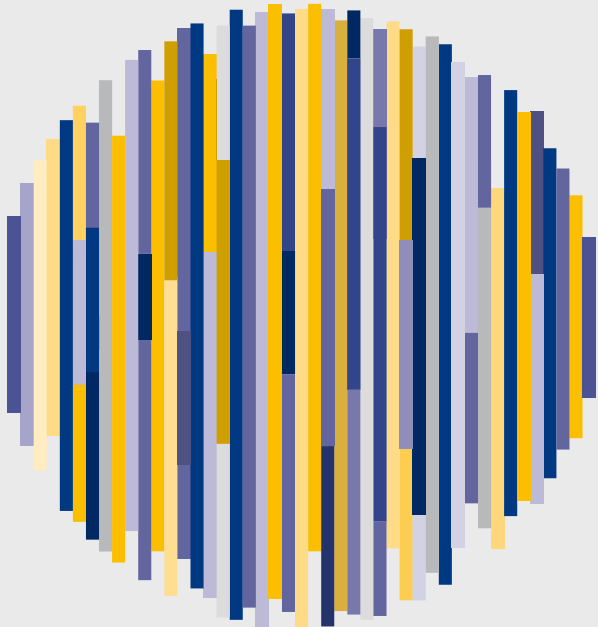
Auch die Zukunft der Energieversorgung ist ein Anliegen nationaler Sicherheit. Es kommt darauf an, unsere Abhängigkeit von einzelnen Importländern durch eine möglichst breite Diversifizierung im Energiemix und bei den Zulieferern von Energieträgern so gering wie möglich zu gestalten. Dies muss durch eine Energieaußenpolitik und durch eine ständige Erhöhung der Energieeffizienz flankiert und unterstützt werden. Wir sind uns der strategischen Bedeutung einer sicheren Energieversorgung im Lichte des weltweit stark wach-

senden Energiebedarfs bewusst und ergreifen entsprechende Initiativen.

Wertegebundene Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik ist selbstverständlich unseren nationalen Interessen verpflichtet. Aber sie operiert nicht im wertfreien Raum, sondern setzt sich weltweit für die Anerkennung von Demokratie und Menschenrechten ein. Wir unterstützen jedes Land in seinem Bemühen, rechtsstaatliche Strukturen zu entwickeln und sich friedlich in die Weltordnung zu integrieren.

Wir gestalten die Globalisierung



Die Globalisierung verändert den Alltag der Menschen. Ihre Auswirkungen sind in der Politik und im Wirtschaftsleben direkt spürbar und gewinnen zunehmend an Bedeutung. Ereignisse an entfernten Orten sind längst ein fester Bestandteil in der öffentlichen Wahrnehmung. Früher abgeschottete Märkte haben sich geöffnet. Neue Wirtschaftsmächte entstehen. Mittlerweile hat jeder dritte Beschäftigte in Deutschland deshalb einen Arbeitsplatz, weil die Unternehmen in Deutschland die Chancen der Globalisierung nutzen und weltweit nachgefragte Produkte ins Ausland exportieren. Es gibt aber auch Ängste: Viele Menschen betrachten die Globalisierung als Grund für Lohnkürzungen, den Verlust von Arbeitsplätzen oder den Abbau sozialer Standards. Dies ist eine große Herausforderung für die deutsche Politik.

Eine unserer Antworten auf die Globalisierung ist ein geeintes Europa, das international mit einer starken Stimme auftreten kann. Der in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ausgehandelte Vertrag von Lissabon ist und bleibt die neue Arbeitsgrundlage für die EU.

Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon ist als neue Arbeitsgrundlage für die EU ohne Alternative. Er ist Ausdruck des Erfolgs der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Er macht Europa wieder handlungsfähig und er stärkt die Rechte der nationalen Parlamente. Wir haben dafür gesorgt, dass das Prinzip der Subsidiarität wieder mehr Geltung bekommt. Trotz des Ausgangs des Referendums in Irland halten wir an der Ratifikation des Reformvertrages fest, weil er die EU handlungsfähiger, transparenter und demokratischer macht.

Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft

Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, Europa und den USA ist unser gemeinsames Ziel. Mit der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft haben wir dem Prozess der weiteren wirtschaftlichen Integration einen festen Rahmen gegeben.

G8-Vorsitz, Ausweitung der Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz

Mit einer diplomatischen Meisterleistung hat unsere Bundeskanzlerin die acht führenden Industrienationen auf ehrgeizige und wirkungsvolle Ziele zur Bekämpfung des Hungers und des Klimawandels verpflichtet.

Ausländische Direktinvestitionen

Ausländische Investitionen schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand und sind uns deshalb sehr willkommen. Wir wollen jedoch handeln können, wenn durch solche Investitionen Bereiche der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gefährdet werden. Deshalb werden für diese Fälle durch eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes staatliche Eingriffsmöglichkeiten geschaffen.

Ausblick

Wir haben nach der Bundestagswahl 2005 das Wählervotum angenommen und Verantwortung übernommen. Damit sind wir auch unserem eigenen Anspruch gerecht geworden, als stabile und stabilisierende politische Kraft in unserem Land zu wirken. Für uns als Union war dabei aber auch immer klar, dass wir die Große Koalition nicht als dauerhafte politische Alternative ansehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn – wie seit geraumer Zeit – ein andauernder Richtungsstreit bei unserem Koalitionspartner in den Augen der Bürgerinnen und Bürger den Eindruck von Unzuverlässigkeit entstehen lässt.

Mit Blick auf die nächsten Monate und auf das kommende Jahr kommt es deshalb darauf an, unsere Verantwortung

in dieser Regierung weiterhin wahrzunehmen, gleichzeitig aber den Bürgerinnen und Bürgern Orientierung zu geben, indem wir unsere eigenen Positionen und Überzeugungen deutlich herausstellen. Ziel muss es sein, bei der nächsten Bundestagswahl die Voraussetzungen für ein bürgerliches Regierungsbündnis zu erreichen und die Große Koalition zu beenden. Für dieses Ziel müssen wir in den nächsten Monaten gemeinsam arbeiten.

223 CDU/CSU- Bundestagsabgeordnete

A

Adam, Ulrich
Aigner, Ilse
Albach, Peter
Altmaier, Peter

B

Bär, Dorothee
Bareiß, Thomas
Barthle, Norbert
Bauer, Dr. Wolf
Baumann, Günter
Beck, Ernst-Reinhard
Bellmann, Veronika
Bergner, Dr. Christoph
Bernhardt, Otto
Binnering, Clemens
Blank, Renate
Bleser, Peter
Blumenthal, Antje
Böhmer, Prof. Dr. Maria
Borchert, Jochen
Börnsen, Wolfgang
Bosbach, Wolfgang

Brähmig, Klaus
Brand, Michael
Brandt, Helmut
Brauksiepe, Dr. Ralf
Brüning, Monika
Brunnhuber, Georg

C

Caesar, Cajus Julius
Connemann, Gitta

D

Dautzenberg, Leo
Deittert, Hubert
Dobrindt, Alexander
Dörflinger, Thomas
Dött, Marie-Luise

E

Eichhorn, Maria
Eisel, Dr. Stephan
Eymer, Anke

F

Falk, Ilse
Faust, Dr. Hans Georg
Ferlemann, Enak
Fischbach, Ingrid
Fischer, Axel E.
Fischer, Dirk
Fischer, Hartwig
Flachsbarth, Dr. Maria
Flosbach, Klaus-Peter
Frankenhauser, Herbert
Friedrich, Dr. Hans-Peter
Fritz, Erich G.
Fromme, Jochen-Konrad
Fuchs, Dr. Michael
Fuchtel, Hans-Joachim

G

Gauweiler, Dr. Peter
Gehb, Dr. Jürgen
Geis, Norbert
Gienger, Eberhard
Glos, Michael
Göbel, Ralf

Göppel, Josef
Götz, Peter
Götzer, Dr. Wolfgang
Granold, Ute
Grindel, Reinhard
Gröhe, Hermann
Grosse-Brömer, Michael
Grübel, Markus
Grund, Manfred
Grütters, Prof. Monika
Guttenberg, Dr. Karl-
Theodor Frhr. zu
Gutting, Olav

H

Haibach, Holger
Hasselfeldt, Gerda
Heinen, Ursula
Heller, Uda
Hennrich, Michael
Herrmann, Jürgen
Heynemann, Bernd
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter

Hirte, Christian
Hochbaum, Robert
Hofbauer, Klaus
Holzenkamp, Franz-Josef
Hörster, Joachim
Hübinger, Anette
Hüppe, Hubert

J

Jaffke-Witt, Susanne
Jahr, Dr. Peter
Jordan, Dr. Hans-Heinrich
Jung, Andreas
Jung, Dr. Franz Josef

K

Kalb, Bartholomäus
Kammer, Hans-Werner
Kampeter, Steffen
Karl, Alois
Kaster, Bernhard
Kauder, Siegfried
Kauder, Volker
Klaeden, Eckart von

Klimke, Jürgen
Klößner, Julia
Koeppen, Jens
Köhler, Kristina
Kolbe, Manfred
Königshofen, Norbert
Koschorrek, Dr. Rolf
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kretschmer, Michael
Krichbaum, Gunther
Krimms, Dr. Günter
Krogmann, Dr. Martina
Kues, Dr. Hermann

L

Lamers, Dr. Karl A.
Lämmel, Andreas
Lammert, Prof. Dr. Norbert
Lamp, Helmut
Landgraf, Katharina
Lehmer, Dr. Maximilian
Lehrieder, Paul
Liebing, Ingrid

Lintner, Eduard
Lippold, Dr. Klaus
Lips, Patricia
Luther, Dr. Michael

M

Mayer, Stephan
Meckelburg, Wolfgang
Meister, Dr. Michael
Merkel, Dr. Angela
Merz, Friedrich
Meyer, Laurenz
Michalk, Maria
Michelbach, Dr. h.c. Hans
Mißfelder, Philipp
Möllring, Dr. Eva
Mortler, Marlene
Müller, Carsten
Müller, Dr. Gerd
Müller, Hildegard
Müller, Stefan

N

Neumann, Bernd
Noll, Michaela
Nüßlein, Dr. Georg

O

Obermeier, Franz
Oswald, Eduard
Otte, Henning

P

Pawelski, Rita
Petzold, Ulrich
Pfeiffer, Dr. Joachim
Pfeiffer, Sibylle
Philipp, Beatrix
Pofalla, Ronald
Polenz, Ruprecht

R

Raab, Daniela
Rachel, Thomas
Raidel, Hans
Ramsauer, Dr. Peter

Rauen, Peter
Rehberg, Eckhardt
Reiche, Katherina
Riegert, Klaus
Riesenhuber, Prof. Dr. Heinz
Romer, Franz-Xaver
Röring, Johannes
Rossmanith, Kurt J.
Röttgen, Dr. Norbert
Ruck, Dr. Christian
Rupprecht, Albert
Rzepka, Peter

S

Schäfer, Anita
Scharf, Hermann-Josef
Schäuble, Dr. Wolfgang
Schauerte, Hartmut
Schavan, Dr. Annette
Scheuer, Dr. Andreas
Schiewerling, Karl
Schindler, Norbert
Schirmbeck, Georg
Schmidbauer, Bernd

Schmidt, Andreas
Schmidt, Christian
Schmitt, Ingo
Schockenhoff, Dr. Andreas
Schröder, Dr. Ole
Schulte-Drüggelte, Bernhard
Schummer, Uwe
Sebastian, Wilhelm Josef
Seehofer, Horst
Segner, Kurt
Seib, Marion
Siebert, Bernd
Silberhorn, Thomas
Singhammer, Johannes
Spahn, Jens
Steinbach, Erika
Stetten, Christian Frhr. von
Storjohann, Gero
Storm, Andreas
Straubinger, Max
Strobl, Thomas
Strothmann, Lena
Stübgen, Michael

T

Thul, Hans Peter
Tillmann, Antje

U

Uhl, Dr. Hans-Peter

V

Vaatz, Arnold
Vogel, Volkmar
Voßhoff, Andrea

W

Wächter, Gerhard
Wanderwitz, Marco
Wegner, Kai
Weinberg, Marcus
Weiß, Gerald
Weiß, Peter
Wellenreuther, Ingo
Wellmann, Karl-Georg
Widmann-Mauz, Annette
Willsch, Klaus-Peter
Wimmer, Willy

Winkelmeier-Becker, Elisabeth
Wöhrl, Dagmar G.

Z

Zöllner, Wolfgang
Zylajew, Willi

Kontakt

CDU/CSU-Bundes- tagsabgeordnete

Anschrift

Vorname und Zuname
der/des Bundestagsabgeordneten
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail

Berliner Büro
vorname.zuname@bundestag.de

Wahlkreisbüro

vorname.zuname@wk.bundestag.de

Bürgertelefon

Bei Fragen, Anregungen und Kommentaren zur Arbeit der Unionsfraktion erreichen Sie unser Bürgertelefon unter:
(030) 227-55550
www.cducsu.de/kontakt

www.cducsu.de



Das Internetangebot der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert Sie unter www.cducsu.de stets aktuell über die parlamentarische Arbeit der Fraktion im Deutschen Bundestag. Pressemitteilungen, Bundestagsreden und parlamentarische Initiativen können dort abgerufen werden.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Impressum

Herausgeber

Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Redaktion

Verena Herkenhoff, René Lüddecke

Kontakt

Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-55374
Telefax: (030) 227-50146
fraktion@cducsu.de, www.cducsu.de

Foto

Laurence Chaperon

Design

MOMENTUM WORKS GmbH
www.momentumworks.de
Sebastian Schramm

Lektorat

Michael Köhler

Datum

September 2008

Druck

BGR Druck-Service GmbH,
Frankfurt am Main

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.